**Stellungnahme zum Abschluss des Kunstprojekts von Sebastian Jung am Strafjustizzentrum, Nymphenburger Straße**

Wir als Angehörige und Überlebende nehmen den Abschluss dieses Kunstprojekts zum Anlass, um deutlich zu machen:

**Der Abbau dieser tiefgreifenden Installation darf kein Schlussstrich unter die Aufarbeitung des NSU-Komplexes sein.** Sebastian Jungs Holzrelief hat eine sehr intime Leerstelle sichtbar gemacht, ob im Gerichtssaal, in der Aufklärung oder dort, wo die Perspektiven der Opfer, Überlebenden und Angehörigen hätten im Mittelpunkt stehen müssen. Diese Leerstelle besteht weiter so lange Fragen unbeantwortet bleiben und die staatliche Verantwortung nicht ausreichend aufgeklärt ist.

15 Jahre nach der Selbstenttarnung kämpfen wir noch immer um konkrete Unterstützung. Wir brauchen **verlässliche psychosoziale Betreuung, Hilfe bei Anträgen und im Umgang mit Behörden, angemessene finanzielle Entschädigung, Unterstützung bei gesundheitlichen und wirtschaftlichen Langzeitfolgen sowie einen NSU-Opferfonds.** Wir brauchen verbindliche Strukturen statt immer neuer Versprechen.

Während bei politischen Entscheidungen – etwa der Anpassung der Abgeordnetendiäten – verlässliche gesetzliche Mechanismen bestehen, müssen Betroffene weiterhin um Unterstützung ringen**. Warum wird politische Verbindlichkeit dort möglich, wo es um die eigenen Rahmenbedingungen geht, aber nicht mit derselben Konsequenz dort, wo Menschen durch rechtsextremen Terror ihr Leben, ihre Gesundheit und ihre Angehörigen verloren haben?**

Der NSU-Komplex handelt nicht allein von der Schuld einzelner Täter. Er wirft auch Fragen an Sicherheitsbehörden, Justiz, Politik und Gesellschaft auf. Diese Fragen verschwinden weder mit dem Ende eines Strafverfahrens noch mit dem Abbau einer Installation. Die schwarze Fläche steht für die Trauer um zehn ermordete Menschen – und für die Lücken, die in der Aufarbeitung bleiben. Sie erinnert uns daran, dass Gedenken allein nicht genügt.

**Wir brauchen keine Symbolpolitik, sondern konkrete Konsequenzen. Keine weiteren Vertröstungen, sondern Unterstützung, die bei den Betroffenen ankommt.**

Wir sind nicht die ewigen Bittsteller dieses Staates. Wir haben ein Recht auf Anerkennung, Unterstützung und Gerechtigkeit.

**Der Abbau dieses Kunstwerks darf nicht das Ende der Verantwortung bedeuten. Und Erinnerung darf niemals dort aufhören, wo politische Konsequenzen beginnen müssen.**

Mandy und Lina Boulgarides, November 2026